

Vereinbarung zwischen der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag und dem dbb Hessen zur
Zukunftssicherung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Hessen

Die FDP-Landtagsfraktion und der dbb Hessen stehen zum bewährten System der beiden gleichberechtigten Statusgruppen von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst sowie zum Erhalt des Berufsbeamtentums mit seinen hergebrachten Grundsätzen. Allen Tendenzen zur Abschaffung des Berufsbeamtentums werden wir entschieden entgegentreten, auch und gerade vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, die einen funktionsfähigen Rechtsstaat mehr als je zuvor als Grundlage eines gedeihlichen Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in Hessen erfordern.

Die FDP-Fraktion und der dbb Hessen treffen nachstehende Vereinbarungen zur Zusammenarbeit für den Fall einer Regierungsbeteiligung der FDP.

1. Wir stehen für die Wertschätzung des öffentlichen Dienstes. **Nullrunden** wird es mit der FDP-Fraktion in der Verantwortung nicht geben. Die FDP-Fraktion steht für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tariferhöhungen auf die Beamtenbesoldung.
2. Der Versuch, mit dem **Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)** Vorteile für die Tarifbeschäftigten des Landes Hessen zu erzielen, war sinnvoll, hat sich aber auf Dauer nicht bewährt. Auch ist der Aufwand für gesonderte Tarifverhandlungen unverhältnismäßig. Deshalb strebt die FDP-Fraktion mit Unterstützung des dbb Hessen nach einer auszuhandelnden Übergangsphase die Rückkehr in die TdL ohne Verschlechterungen für die hessischen Tarifbeschäftigten an.
3. Wir stehen für den Erhalt der **privaten Krankenversicherungsmöglichkeit** und damit für die Beibehaltung des Systems der **Beihilfe** für Beamtinnen und Beamte.
4. Die FDP-Fraktion spricht sich **gegen eine Abkoppelung der Versorgung von der Besoldung** und ein Absenken des bisherigen Versorgungsniveaus aus. Ziel muss sein, beim Wettbewerb um Fachkräfte konkurrenzfähig zu sein und die Situation des Landes Hessen zu verbessern.

5. Die Freien Demokraten wollen, dass das Land Hessen als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst kann es nur geben, wenn dem **drohenden Fachkräftemangel** eine hohe Attraktivität der Beschäftigungsverhältnisse für die Bewerber entgegengestellt wird – gerade auch mit Blick auf die Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft. Daher dürfen Tarifbeschäftigte und Beamte nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Die FDP-Fraktion will stattdessen eine ehrliche Aufgabenkritik und eine weitere Stärkung der Karrierechancen für leistungsbereite Beschäftigte.
6. Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag und der dbb Hessen setzen sich für eine **vorausschauende Personalplanung** im öffentlichen Dienst ein. Uns ist bewusst, dass durch den Abgang der älteren Beschäftigten eine Lücke entsteht, die mit neuem, sachkundigem Personal zu füllen ist. Wir setzen uns daher für eine Verstärkung des Personals in verschiedenen Sachgebieten, z.B. im Bereich der Bildung und der Polizei, ein. Hinsichtlich anderer Bereiche muss eine personelle Aufstockung bedarfsorientiert erfolgen.
7. Die FDP-Fraktion und der dbb Hessen wollen die **Aufstiegsmöglichkeiten** für die Beschäftigten verbessern. Dazu gehört u.a die Möglichkeit, durch entsprechende attraktive Ausbildungs- und **Fortbildungsangebote** auch den **Laufbahnwechsel** zu ermöglichen, z.B. für Grundschullehrkräfte und Fachlehrer in den höheren Dienst, für Realschüler mit dem Einstieg als Polizeiverwaltungsassistenten in den allgemeinen Polizeidienst, aber auch im allgemeinen Verwaltungsdienst.
8. Die FDP-Fraktion will über bezahlbares Wohnen nicht nur reden, sondern handeln. Ein attraktives **Wohnangebot** ist ein hervorragender Anreiz im Wettbewerb um die besten Kräfte für das Land Hessen – daher will die FDP-Fraktion mit Unterstützung des dbb Hessen Dienstwohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen. Die Bezahlbarkeit der Wohnungen für die Mieter aus dem öffentlichen Dienst soll durch eine Reform der Subjektförderung (Wohngeld) sichergestellt werden. Solange diese grundlegende Reform der Wohnungsbaufinanzierung auf Bundesebene nicht umgesetzt werden kann, sollen die zum großen Teil nicht abgerufenen Mittel des Landes Hessen zur Förderung des Wohnungsbaus zu einem angemessenen Teil für einen Belastungsausgleich für die Beschäftigten des Landes verwendet werden.
9. **Gewalt und Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes** als Repräsentanten unseres Staatswesens sind Angriffe auf uns alle. Diese nehmen die FDP-Fraktion und der dbb Hessen nicht hin. Deshalb muss das Land Hessen als Dienstherr solche Taten nach Kräften zu verhindern suchen und insbesondere durch Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass solche Vorfälle mit allem Nachdruck verfolgt werden und die Beschäftigten bei der Durchsetzung auch ihrer zivilrechtlichen Ansprüche gegen Täter nicht alleine gelassen werden.

10. Die FDP-Fraktion und der dbb Hessen setzen sich für die Verbesserung der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** im Bereich des öffentlichen Dienstes ein. So fordern wir flexiblere Beschäftigungsverhältnisse vom Land – sei es bezüglich der Ermöglichung von Telearbeit („Home Office“), flexiblen Arbeitszeiten oder der Errichtung von KITAs am Arbeitsort, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur theoretisch möglich ist, sondern auch gelebt werden kann. Diese Überlegungen gelten gleichermaßen für die **Vereinbarkeit von der Pflege Angehöriger mit dem Beruf**.
Flexiblere Arbeitszeiten oder Arbeitszeitreduzierungen auch aus anderen privaten Gründen dürfen sich nicht karriereschädigend auswirken.
11. Die FDP-Fraktion und der dbb Hessen wollen in verschiedenen Bereichen eine **Aufstockung der Stellen im öffentlichen Dienst** erreichen, um die Beschäftigten zu entlasten und die Funktionsfähigkeit des Staates zu sichern. So sollen u.a. 1500 zusätzliche Polizeistellen geschaffen und die Zahl der Polizeiverwaltungsangestellten erhöht werden, die sich um administrative Tätigkeiten wie Sacharbeiten und Datenverarbeitung kümmern.
12. Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag wollen eine **Ausbildungsvergütung** für Erzieherinnen und Erzieher, sodass Auszubildende von der finanziellen Last befreit werden. Auch fordern wir die **Anerkennung und Wertschätzung von Lehrerinnen und Lehrern**. Besonders wichtig erscheint uns dabei, die hessische „Sommerferienlehrerarbeitslosigkeit“ zu beenden und befristete Anstellungsverträge in den Sommerferien aufrechtzuerhalten, wenn eine Weiterbeschäftigung beabsichtigt ist.
13. Die FDP-Fraktion und der dbb Hessen setzen sich für eine Gestaltung der **Digitalisierung** ein, die für Bürgerinnen und Bürger Hessens wie auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Vorteil ist. Wir stehen für eine effiziente und leistungsstarke Verwaltung. Digitalisierung bietet in vielen Bereichen großes Potential – daher verstehen wir die Digitalisierung der Verwaltung als große Chance, insbesondere im Hinblick auf eine moderne Arbeitsorganisation, die ein anforderungsgerechteres Arbeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gleichzeitig einen deutlich besseren Service für Bürgerinnen und Bürger schafft.

Wiesbaden, 4. Oktober 2018

René Rock

Heini Schmitt